
FDP Taunusstein Kommunalpolitik

PM – STOLPERSTEINE UND MEHR

27.12.2020

Seit einigen Jahren beantragen SPD und Grüne zur Erinnerung an verfolgte und ermordete ehemalige jüdische Mitbürger die bekannten Stolpersteine vor den jeweiligen Häusern zu verlegen. Da das Projekt so keine richtige Zustimmung fand, hat man sich in der Stadtverordnetenversammlung darauf geeinigt, auf der Grünfläche vor dem Schloss, gegenüber der ehemaligen Synagoge eine Stele mit einem Gedenkstein auf zu stellen. Bei Abruf des QR-Codes erfährt man interessantes über das damalige Leben der jüdischen Gemeinde in Taunusstein und einen Hinweis auf den jüdischen Friedhof am Halberg.

Die Aufstellung dieser Stele wurde selbstverständlich auch von der Fraktion der FDP Taunusstein unterstützt, bemerkt deren Fraktionsvorsitzender Raimund Scheu. Die Verlegung von Stolpersteinen wird in der Fraktion jedoch unterschiedlich beurteilt und man ist der Meinung, eine negative Äußerung zu diesem Thema könnte zu einem der bekannten Shitstorms gegen die FDP führen. Aufgrund der Äußerungen von Dieter Nuhr in seinem Jahresrückblick, dass es immer weniger Politiker gibt, die sich trauen auch etwas gegen den Mainstream öffentlich zu äußern hat mich dazu bewogen, diesen Artikel zu schreiben bemerkt Scheu. Er ist gegen Stolpersteine und der Meinung, man sollte vorhandene Gedenkstätten pflegen und im Gespräch mit den Bürgern immer wieder über die Vergehen des Nazi-Regimes sprechen und, wie es überhaupt so weit kommen konnte, dass eine derartige Clique an die Macht kam. Es gibt heute durchaus Parallelen mit einer ideologisch Rechts stehenden Partei, die aber von sehr vielen Mitbürgern gewählt wird, weil man sich ganz offensichtlich von den etablierten Parteien nicht vertreten fühlt. Die Angst vielleicht die Mehrheit zu verlieren sitzt bei unserer größten Partei in der Stadt sehr tief. Ich habe mehrfach vorgeschlagen sich in einem Bürgergespräch den Fragen von Andersdenkenden zu stellen und diese vielleicht zum Umdenken zu bewegen. Natürlich auch, um zu erfahren, was man vielleicht bei den

eigenen Handlungen ändern könnte.

Bürgerbeteiligung sollte nicht nur darin bestehen, möglichst eine Bestätigung für seine Entscheidungen zu bekommen, sondern sich kritisch mit auch kontroversen Themen auseinander zu setzen. Ich höre immer, das wird im Magistrat entschieden, stellt Scheu fest. Aber, wenn ich in den Protokollen sehe, dass 5 – 10 Entscheidungen über vielleicht auch kontrovers zu sehenden Fragen im Allgemeinen in höchstens 15 Minuten abgehandelt werden, dann fehlt mir die Vorstellung, dass über die Themen diskutiert wurde. Vielleicht sollte die Stellung der Ortsbeiräte verbessert werden und in den Ortsbeiräten verstärkt auch die Bürger Gehör finden.